

Die PiA-AG berichtet über das 16. PiA Politik Treffen

Am 29. September fand das 16. PiA Politik Treffen (PPT) in Frankfurt statt. Unter dem Titel „Was wird die Norm nach der Reform? Info. Vernetzung. Aktion.“ setzten sich die ca. 50 Teilnehmer*innen mit dem neuen PsychThG und seinen Folgen auseinander.

Nach einem Grußwort der Präsidentin der Landeskammer Hessen, Heike Winter, berichteten Katharina van Bronswijk und Katharina Simons vom Organisationsteam des PPT über den derzeitigen Stand des Gesetzes und verglichen diesen mit den Forderungen des PPT. Das Resultat wurde kontrovers diskutiert, v.a. die Fortschreibung der prekären Verhältnisse der PiA und die unzureichende Finanzierung der ambulanten Weiterbildung waren Kern der Kritik. Anschließend informierten ver.di, die Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) und die Bundeskonferenz PiA (BuKo) als Kooperationspartner des PPT über ihre aktuellen Aktivitäten im Reformprozess.

Im Hauptteil des 16. PPT berichteten Armin Lux (AVM) und Dr. Andrea Benecke (Vizepräsidentin der BPTK) über die Chancen und Risiken des neuen Gesetzes. Armin Lux stellte mögliche Szenarien zur Umsetzung und Finanzierbarkeit der ambulanten Weiterbildung an Weiterbildungsstätten dar. Hierbei wurde deutlich, dass die zukünftigen PiW wohl sehr viele Behandlungsstunden ableisten müssen, um einerseits ein Tarifgehalt zu erzielen und andererseits die Kosten der Weiterbildung refinanzieren zu können. Auch kleinere Weiterbildungsstätten würden finanziell vor große Schwierigkeiten gestellt. Auch die PiA AG der DGVT sieht diese Risiken und hat sich hierzu in ihrer Stellungnahme geäußert. Die Forderung nach einer zusätzlichen staatlichen Finanzierung der ambulanten Weiterbildung bleibt auch für das PPT bestehen.

Frau Benecke stellte anschließend das „Projekt Musterweiterbildungsordnung“ der BPTK vor. In einem komplexen System aus vielen verschiedenen Arbeitsgruppen unter Beteiligung mannigfacher Akteure und Interessensgruppen soll eine Musterweiterbildungsordnung entstehen. Der Zeitplan ist straff: Bereits 2022 sind die ersten Approbierten nach dem neuen Gesetz zu erwarten, sodass bis dahin auch die Landeskammern ihre Weiterbildungsordnungen fertiggestellt haben müssen. Der Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) soll bereits im Frühjahr 2021 die Musterweiterbildungsordnung verabschieden. Den Psychotherapeutenkammern steht also noch viel Arbeit bevor.

Nach der Mittagspause erhielten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich in verschiedenen Workshops zu den Themen Psychiatrie Personal Verordnung, Auswirkungen des Gesetzes auf die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen, Abschaffung des Gutachtensystems sowie im Workshop „Reaktionen des PPT auf den Beschluss des Bundestags“ auszutauschen und Positionen zu entwickeln.

Das PiA Politik Treffen beschloss am Ende außerdem, sich den Forderungen der „Psychologists for Future“ anzuschließen und die Stellungnahme mitzuzeichnen.

Die einzelnen Vorträge und Ergebnisse aus den Workshops werden demnächst auf der Homepage <https://piapolitik.de> veröffentlicht.

Das verbandsübergreifende PiA-Politik-Treffen setzt sich seit 2012 für die Verbesserung der Ausbildungssituation angehender Psychotherapeut*innen ein. Durch das jahrelange stetige Engagement ist das PPT inzwischen bundesweit bekannt. Landes- und Bundespolitiker*innen interessieren sich für die Meinung des PPT und somit des beruflichen Nachwuchses, auch Vertreter*innen der BPtK nehmen regelmäßig an den Veranstaltungen teil. So ist ein fruchtbarer Austausch, insbesondere zur Ausbildungsreform, entstanden. Zuletzt war das PPT mit seiner Stellungnahme sowohl im Bundesgesundheitsministerium als auch im Gesundheitsausschuss des Bundestages zur Anhörung eingeladen.

Auch die DGVT unterstützt seit mehreren Jahren das PPT finanziell und personell, Mitglieder aus der PiA-AG der DGVT sind Teil des Organisationsteams.